

VORBERICHT 2010

Zur Erstellung des Voranschlagsentwurfes:

Maßgebende gesetzliche Rahmenbedingungen für die Erstellung des Voranschlages 2010 stellen unter anderem das paktierte Finanzausgleichsgesetz 2008, der aktuelle österreichische Stabilitätspakt 2008 sowie die relevanten Normen des sekundären und tertiären Finanzausgleichs dar.

Der VA 2010 ist gesamthaft geprägt durch die negativen Auswirkungen der Finanz- und Wirtschaftskrise. So ist zum Beispiel die Einnahmenseite durch massive Einbrüche bei den Ertragsanteilen gekennzeichnet. Wurden zum RA 2008 noch rd. 206,6 Mio. € vereinnahmt, so liegen die erwarteten Einnahmen 2010 bei 191,9 Mio. €. Darüber hinaus wird ausgabenseitig der städtische Haushalt durch die jährlich anfallenden Transferleistungen an das Land Oberösterreich überproportional gefordert. Zum VA 2010 fließt nahezu jeder zweite aus Ertragsanteilen vereinnahmte Euro in Form von Sozialtransferleistungen, Landesumlage, Krankenanstaltenbeitrag sowie Gastschul- und Schulerhaltungsbeiträgen wieder retour an das Land Oberösterreich.

Der VA 2010 berücksichtigt die aktuelle Geschäftseinteilung des Stadtsenates. In struktureller Hinsicht zeigen sich zum VA 2010 bislang als laufende Transferzahlungen dargestellte Zahlungsströme an städtische Unternehmen in Höhe von rd. 13,1 Mio. € nunmehr als Gesellschafterzuschüsse.

Unter Berücksichtigung der skizzierten Rahmenbedingungen liegen die angestrebten finanzpolitischen Zielsetzungen für den VA 2010 vor allem in der Darstellung eines positiven Saldos der laufenden Gebarung sowie im Ausweis eines ambitioniert gehaltenen Investitionsvolumens. Der Saldo der laufenden Gebarung zeigt einen Überschuss von 0,2 Mio. €; die Investitionsausgaben bewegen sich mit 58,2 Mio. € in etwa auf dem Niveau der Vorjahre. Das Maastricht-Ergebnis wird bei – 18,1 Mio. € erwartet und resultiert neben den gezeigten Belastungen der laufenden Gebarung aus rückläufigen Einnahmen der Vermögensgebarung.

Die Erstellung des Voranschlages für das Rechnungsjahr 2010 erfolgte nach dem im Statut für die Landeshauptstadt Linz und in der Haushaltsordnung vorgesehenen Verfahren unter Berücksichtigung der Vorgaben der VRV.

Die städtischen Dienststellen haben unter Zugrundelegung der von der Finanz- und Vermögensverwaltung erarbeiteten Vorgabewerte ihre Vorschläge bis zum Ende der Mittelanmeldung per 4.9.2009 vorgelegt.

Die gemäß § 18 (2) und § 18 (3) der Haushaltsordnung durchgeführten Absprachen unter Einbeziehung der politischen ReferentInnen brachte folgendes Ergebnis:

	laufende Gebarung	Vermögensgebarung	Finanztransaktionen
Einnahmen	486.852.300,--	35.207.600,--	126.473.600,--
Ausgaben	486.632.200,--	58.242.800,--	103.658.500,--
Überschuss	220.100,--	0,--	22.815.100,--
Abgang	0,--	-23.035.200,--	0,--

Zur Deckung des Zuschussbedarfes wurden 75,6 Mio. € Darlehensaufnahmen (Seite V - 24) veranschlagt. Diesen stehen Darlehenstilgungen in Höhe von 20,9 Mio. € gegenüber.

Das so erzielte Ergebnis wurde von der Stadtkämmerei im vorliegenden Voranschlag zusammengefasst und wird dem Gemeinderat im Wege des Stadtsenates unter Beiziehung des Finanz- und Hochbauausschusses mit dem Antrag auf Genehmigung vorgelegt.

Zur Budgetlage:

Gesamtwirtschaftliche Rahmenbedingungen

Die KonjunkturobserverInnen von WIFO und IHS gehen in ihrer aktuellen Herbst-Prognose von einer spürbaren Belebung der Wirtschaftsleistung für das 4.Quartal 2009 aus. Dieser Aufwärtstrend machte sich bereits im 3.Quartal bemerkbar. Für das gesamte Jahr 2009 rechnen sie jedoch mit 3,4% (WIFO) bzw. 3,8% (IHS) realem BIP-Rückgang, nachdem 2008 noch ein Wachstum von 1,8% erzielt wurde. Da es vermehrt Anzeichen dafür gibt, dass die tiefste Rezession der Nachkriegszeit langsam ausläuft, haben WIFO und IHS ihre Wachstumsprognose für 2010 von 0,5% auf 1% erhöht.

Die Weltrezession hat tiefgreifend auf die österreichische Außenwirtschaft durchgeschlagen. Laut Berechnungen der Statistik Austria werden die Warenexporte – nach einem Nullwachstum 2008 - im Gesamtjahr um 15 bis 16% einbrechen und somit auf das Niveau von 2005 zurückfallen. Gegenüber dem ersten Halbjahr wird sich die Auslandsnachfrage im weiteren Jahresverlauf 2009 dank der internationalen Konjunkturpakete verstärken und somit zu einer Belebung der Exporte führen. Dieser Trend wird sich 2010 fortsetzen – das WIFO geht von einem Wachstum von 2% aus, das IHS prognostiziert bis zu 4,5%. Ein gewisser Unsicherheitsfaktor besteht in der noch geringen Konsumbereitschaft in den USA und in Ost- bzw. Mitteleuropa.

Neben dem Einbruch der Außenwirtschaft verursachte die Konjunkturkrise gleichzeitig einen massiven Rückgang in der Investitionstätigkeit. Die Prognose ergibt für 2009 ein Schrumpfen der Ausrüstungsinvestitionen um 12%, bei den Bau-investitionen wird ein Rückgang um 4% erwartet. Für 2010 wird von einer Stagnation der Ausrüstungsinvestitionen und einem leichten Rückgang beim Bau (-1%) ausgegangen.

Einzigster Impulsgeber der Wirtschaft - allerdings auf einem wesentlich geringeren Niveau als in den Jahren zuvor - ist der Konsum der privaten Haushalte. Dieser wird 2009 durch die relativ hohen Lohnabschlüsse des Vorjahres, die geringe Inflation und insbesondere die Steuerreform begünstigt, womit die Realeinkommen der Haushalte heuer um 0,25% zulegen, im kommenden Jahr sogar um 0,5%, so WIFO und IHS. Jedoch besteht die Gefahr, dass die steigende Arbeitslosigkeit in Kombination mit Vermögenseffekten den privaten Konsum nachhaltig dämpfen könnte.

Die Arbeitslosigkeit steigt in Österreich seit dem November 2008 kontinuierlich an. Die Fachleute von WIFO und IHS rechnen für heuer und nächstes Jahr mit insgesamt 90.000 Arbeitslosen mehr, womit im Jahresschnitt 2010 die Grenze von 300.000 Jobsuchenden überschritten wäre. Der Höhepunkt wird nicht zuletzt aufgrund der Saisonarbeitslosigkeit für das erste Quartal 2010 erwartet. Kurzfristig könnte sogar die Marke von 400.000 Arbeitslosen erreicht werden. Mit einer Besserung ist frühestens im zweiten Quartal 2010 zu rechnen. Die Arbeitslosenquote nach Eurostat-Definition wird 2009 auf fast 5,5 und 2010 auf rund 6% steigen, nach österreichischer Berechnungsmethodik betragen die Werte 7,5 bzw. 8,5%.

Nach den sehr hohen Werten im Vorjahr haben der weltweite Fall der Energie- und Rohstoffpreise sowie die schwache Konjunktur zu einer deutlichen Verlangsamung des Preisauftriebs geführt. Im Jahresdurchschnitt erwarten WIFO und IHS eine Inflationsrate von 0,5 bis 0,6%. Die weltweite Konjunkturbelebung wird 2010 zu einem Anstieg der Rohstoffpreise führen und die Inflationsrate auf 1,3 bis 1,4% erhöhen.

2009 haben die gesamtstaatlichen Steuereinnahmen deutlich abgenommen. Jüngste Prognosen sehen bei der Lohnsteuer gegenüber dem Bundesvoranschlag ein Minus von 100 Mio. €, für 2010 werden 300 Mio. € weniger Einnahmen erwartet. Der Anstieg der Arbeitslosigkeit und der Kurzarbeit machen sich hier ebenso bemerkbar wie die im Frühjahr beschlossene und inzwischen auch wirksame Tarifsenkung (letztere schlägt sich seit Mai in der Einnahmenentwicklung nieder). Bei den gewinnabhängigen Abgaben (Körperschaftsteuer, Einkommensteuer, Kapitalertragsteuer auf Dividenden) ist ein massiver Rückgang zu beobachten. Die Einnahmen aus der Körperschaftsteuer werden heuer um 900 Mio. € geringer ausfallen und 2010 gar um 1.000 Mio. €. Hierfür dürften vor allem Einbrüche der realisierten Gewinne und der Gewinnerwartungen ausschlaggebend sein. Ein Rückgang der Gewinnerwartungen veranlasst die Unternehmen, Herabsetzungen der Vorauszahlungen von Einkommensteuer und Körperschaftsteuer zu beantragen. Die Einkommensteuer wird 2009 um zumindest 200 Mio. € einbrechen. Die Verbrauch- und Verkehrssteuern und auch die Umsatzsteuer verzeichnen einen geringfügigen Rückgang im Vergleich zum Vorjahr. Dies ist vor allem auf die relativ stabile Entwicklung des privaten Konsums zurückzuführen.

Aufgrund der genannten Werte erwartet IHS für dieses Jahr ein gesamtstaatliches Budgetdefizit von 4,5%, nächstes Jahr könnte es auf 5,5% steigen. In der gegenwärtigen Konjunktursituation erscheint eine rasche Rückführung des Defizits noch nicht angebracht, da die Weltwirtschaft nicht dynamisch wachsen wird. In der Vergangenheit folgten auf realwirtschaftliche Krisen, die mit Finanzkrisen verbunden waren, nur verhaltene Aufschwünge. Nach Ende der Rezession sind aber entschlossene Konsolidierungsanstrengungen notwendig, um die Nachhaltigkeit des Budgetpfades abzusichern. Die Ausschöpfung aller Effizienzpotenziale wird erforderlich sein.